

**Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft
und Forschung**

Abteilung Jugend und Familie, Landesjugendamt
Geschäftsstelle des LJHA Berlin

Beuthstraße 6-8
10117 Berlin

9026-5363
Anke.Hollmann@SenBWF.Berlin.de

**Protokoll der 1. Sitzung
des Landesjugendhilfeausschusses Berlin (LJHA)
vom 20. Januar 2010**

Teilnehmerinnen/

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste

Ort: Centre Francais, Müllerstraße 74, 13349 Berlin, Raum 117

Beginn: 14:00 Uhr

Ende: 16:30 Uhr

Leitung: Danuta Sarrouh

Protokoll: Anke Hollmann

Tagesordnung:

1. Aktuelles
2. Protokolle der Sitzungen am 16. Dezember 2009
3. Rahmenvereinbarung zum Schutz von Kindern suchtkranker Eltern vor der Gefährdung des Kinderwohls; BE: SenBWF Frau Eichler
4. Maßnahmen zur Sicherung des Erzieherbedarfs; BE: SenBWF Frau Baum
5. Jugend — Rundschreiben 4 / 2009 zur Zusammenarbeit mit den Familiengerichten unterhalb der Eingriffsschwelle; BE: SenBWF Herr Flemming
6. Ergebnisse aus dem 2. Fachlichen Diskurs HzE; BE: Vors. d. UA HzE Herr Piekara
7. Rahmenstrategie „Soziale Stadtentwicklung“, Handbuch zur Sozialraumorientierung; BE: SenStadt; BE: Frau Nagel
8. Verschiedenes

Frau Sarrouh begrüßt Frau Klebba, Abteilungsleiterin III der Senatsverwaltung für Bildung, Wissenschaft und Forschung, Herrn Decker, Vertreter des Diakonischen Werks Berlin-Brandenburg als neues Mitglied des LJA, Frau Nagel aus der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung als Berichterstatterin zum Handbuch zur Sozialraumorientierung sowie alle Anwesenden. Sie wünscht allen ein gutes, gesundes und erfolgreiches Jahr 2010.

Zur Tagesordnung:

Der Tagesordnungspunkt 7 wird auf Antrag als erster Tagesordnungspunkt behandelt. Die Tagesordnung wird beschlossen.

1. Rahmenstrategie „Soziale Stadtentwicklung“, Handbuch zur Sozialraumorientierung; BE: SenStadt; BE: Frau Nagel

Allen Anwesenden liegt die aktuelle Fassung des Handbuchs zur Sozialraumorientierung vor. Frau Nagel erläutert anhand einer Powerpoint-Präsentation Grundsätze, Zielsetzung und Umsetzungsmodule. Das Ziel der Rahmenstrategie Soziale Stadtentwicklung ist, das raumbezogene und ressortübergreifende Planen und Handeln der Verwaltung zu verbessern und dabei gleichzeitig das Wissen und Engagement der Bürgerinnen und Bürger noch stärker in das Handeln von Politik und Verwaltung einfließen zu lassen. Das Handbuch zur Sozialraumorientierung zeigt Grundlagen und konkrete Wege dafür auf. In einem breit angelegten Arbeits- und Beteiligungsprozess ist deshalb das Handbuch erstellt worden als Grundlage für eine integrierte Stadt(teil)entwicklung in Berlin. Am Arbeitsprozess waren alle Senatsressorts und drei vom Rat der Bürgermeister benannte Pilotbezirke beteiligt: Pankow, Friedrichshain-Kreuzberg und Reinickendorf. Der Senat von Berlin hat das Handbuch am 24.11.2009 beschlossen, die politische Abstimmung mit dem Rat der Bürgermeister ist noch nicht abgeschlossen. Für die Umsetzung der ressortübergreifenden Sozialraumorientierung (SRO) wird vom Senat eine Koordinierungsgruppe SRO aus Vertretern aller Senatsverwaltungen und der 12 Bezirke eingerichtet. Die politische Steuerung obliegt weiterhin der Staatssekretärs-Lenkungsgruppe Soziale Stadtentwicklung, der auch drei Bezirksbürgermeister angehören.

Das Handbuch zur Sozialraumorientierung (sieht u.a. vor, dass zukünftig in den Bezirken als Grundlage für integriertes Planen und Handeln ämterübergreifend „Bezirksregionenprofile“ erstellt werden sollen, die aus einem Analyse- und einem konzeptionellen Teil (Ziele + Maßnahmen) bestehen sollen. (Bezirksregionen sind die mittlere Ebene der „Lebensweltlich orientierten Räume“ /LOR). Für den Analyseteil wurden einheitlich anzuwendende Kernindikatoren aufgestellt (siehe Handbuch), die gegenwärtig in einem Testlauf mit zwei Modellbezirken geprüft werden. Die Daten der Kommunalstatistik, die Kernindikatoren und weitere in der AG Datenpool des Senats und der Bezirke bereits abgestimmte Indikatoren werden für die Ebenen der LOR in dem sich im Aufbau befindlichen Datenpool beim Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (AfS) zur Verfügung gestellt. Der Senat und die Bezirke sind derzeit damit befasst, die für die SRO relevanten Fachdaten auf Ebene der LOR (Planungsräume, mindestens Bezirksregionen) sukzessive und jeweils zeitnah zur Einreichung in den Datenpool zur Verfügung zu stellen. Die Anwendung der Daten aus dem Datenpool erfolgt auf der Grundlage abgestimmter IT-Grundsätze (siehe Handbuch). In 2010 startet ein Projekt über ServiceStadt Berlin zur Entwicklung eines einheitlichen "Planungsraumbezogenen Informationssystems für Analyse und Planung" (PRISMA, FF: SenStadt und BA Marzahn-Hellersdorf).

Das Handbuch enthält auch einen Vorschlag zu Aufgaben und Struktur einer Organisationseinheit "Sozialraumorientierte Planungscoordination", die entsprechend des Achten Gesetzes zur Änderung des Bezirksverwaltungsgesetzes mit Beginn der nächsten Legislaturperiode in allen Bezirken

einzurichten ist. Weitere Bestandteile sind Muster für Netzwerk- und Kooperationsvereinbarungen sowie der Entwurf einer Programmatischen Erklärung zur Umsetzung der SRO in Berlin.

Ressourcen und Zeitschiene der Umsetzung sind noch im Klärungsprozess. Ein erster Umsetzungsbericht wird Ende 2011 vorgelegt.

Im Rahmen der Diskussion wird insbesondere auf die Erfahrungen in der Jugendhilfe zum SRO-Prozess sowie die Berücksichtigung von Partizipation und Beteiligung von Kindern und Jugendlichen Bezug genommen.

Frau Nagel weist darauf hin, dass das Handbuch in einem offenen Prozess erweitert und um praktische Erfahrungen ergänzt werden soll. Sie wird den Mitgliedern des LJHA die Präsentation technisch zur Verfügung stellen. Für die Begleitung des Prozesses wird das Thema „Soziale Stadtentwicklung“ in den Unterausschuss „Gesamtjugendhilfeplanung und neue Steuerungsmodelle“ überwiesen.

Frau Sarrouh dankt ihr für die umfangreiche Arbeit und umfassenden Informationen.

2. Aktuelles

Frau Klebba informiert über das Ergebnis der Anpassungsverhandlung zum Kostenblatt Erstattungsbeträge von Kita-Kosten. Es werden ab dem 1.1.2010 Personal- **und** Sachkosten um 2% und ab dem 1.1.2012 in einer zweiten Stufe um 0,5% gesteigert. Die Tarifergebnisse, wie sie im Land Berlin während der Laufzeit erzielt werden, werden auf die Personalkosten für Fachpersonal 1:1 angewandt. Die Laufzeit der Vereinbarung beträgt 4 Jahre (bis 31.12.2013). Es werden ab dem 1.1.2010 für Evaluation 10,00 € pro Kind und Jahr zusätzlich gezahlt.

Das Land Berlin übernimmt also damit zusätzliche Kosten schon für 2010 von etwa 18 Mio €, mit steigender Tendenz für die Folgejahre bis 2013. Die Steigerung von 0,5% in 2012 sind darin z.B. nicht enthalten. Die Effekte der neuen gesetzlichen Regelungen insbesondere zur Beitragsfreiheit und der zu erwartende Aufwuchs in U3 erhöht diese Summe, wenn sich die Inanspruchnahme erhöht. Herr Hoyer bittet darum, gemeinsam und einvernehmlich erzielte Ergebnisse mit der Liga und SenBWF in Zukunft auch **gemeinsam** öffentlich zu kommunizieren.

3. Protokoll vom 16.12.2009

Das Protokoll wird ohne Einwände beschlossen.

4. Rahmenvereinbarung zum Schutz von Kindern suchtkranker Eltern vor der Gefährdung des Kinderwohls; BE: SenBWF Frau Eichler

Frau Eichler informiert, dass das Abgeordnetenhaus in seiner 2. Lesung am 10.12.2009 das Berliner Kinderschutzgesetz beschlossen hat. Es ist am 30.12.2009 im GVBl veröffentlicht worden und mit diesem Tag In Kraft.

Zur Umsetzung wird SenGesUmV 2 Gremien einrichten:

1. Runder Tisch Gesundheit (unter Mitwirkung der LIGA)
Die nächste Sitzung ist am 18.01.2010,

2. Begleit-AG Kinderschutzgesetz auf Verwaltungsebene

Die SenGesUmV und die SenBWF sind aufgefordert, die erforderlichen Maßnahmen zur Umsetzung des Kinderschutzes und entsprechende Regelungen abzustimmen, insbesondere die Anpassung der gemeinsamen AV über die Durchführung von Maßnahmen zum Kinderschutz in den Jugend- und Gesundheitsämtern der Bezirksämter des Landes Berlin.

Das Gesetz sieht ferner vor, dass die Federführung für Netzwerkarbeit, Abschluss von Kooperationsverträgen usw. auf Bezirksebene der öffentlichen Jugendhilfe obliegt. Es besteht von daher das Erfordernis, in Abstimmung mit SenGesUmV und den Bezirken die Aufgabenbeschreibung „Koordination Kinderschutz“ zu präzisieren und Berlineinheitlich zu regeln.

Die Anwesenden erhalten die Rahmenvereinbarung zum Schutz von Kindern suchtkranker Eltern vor der Gefährdung des Kindeswohls. Frau Eichler erläutert einige Punkte u.a. Punkt 7 Seite 5, Grundzüge der Arbeit und das Zusammenwirken der beteiligten Fachkräfte. In einer Tabelle ist beschrieben, welche Aufgaben die Einzelnen zu erfüllen haben und wie ihre Zusammenarbeit untereinander und mit dem KJGD zu gestalten ist. Auf der Grundlage der Rahmenvereinbarung sind in allen Berliner Bezirken (Jugendamt und Gesundheitsamt) mit den regionalen Einrichtungen und Diensten der Drogen- und Suchthilfe sowie mit den zuständigen Kliniken Kooperationsvereinbarungen zur Regelung des Verfahrens der Zusammenarbeit abzuschließen unter Beachtung der „AV Kinderschutz JugGes“. Die Federführung für den Abschluss der Vereinbarungen und das jährliche Fachgespräch liegt beim Jugendamt.

Frau Eichler verteilt als Tischvorlage das Einlegeblatt für den Mutterpass. Angeregt wird, Adressen und Telefonnummern von Beratungsstellen hinzuzufügen.

5. Maßnahmen zur Sicherung des Erzieherbedarfs; BE: SenBWF Frau Baum



Informationsblatt Fachschulen_So
tdoc.doc ialpädagogik.do..

6. Jugend — Rundschreiben 4 / 2009 zur Zusammenarbeit mit den Familiengerichten unterhalb der Eingriffsschwelle; BE: SenBWF Herr Flemming

Das Jugendrundschreiben 4 / 2009 ist allen Anwesenden zugegangen. Dieses Rundschreiben ist eine Handreichung an die Jugendämter für sog. Erörterungsgespräche in Verfahren bei Verdacht auf Kindeswohlgefährdung gemäß § 157 FamFG. In solchen Fällen soll mit allen Beteiligten beim Familiengericht erörtert werden, wie einer möglichen Gefährdung des Kindeswohls insbesondere durch niedrigschwellige Hilfen und durch Inanspruchnahme von Regelleistungen unterhalb der Eingriffsschwellen begegnet werden kann. Ziel des Rundschreibens ist insbesondere, auf dem Hintergrund der neuen Gesetzeslage die Aufmerksamkeit auf Eltern zu lenken, deren Kinder einerseits keine Einrichtung der Kindertagesförderung in Anspruch nehmen und die andererseits ihre Kinder durch mangelnde Förderung gefährden.

Das Rundschreiben 4 / 2009 wird in den UA „Hilfen zur Erziehung“ überwiesen.

7. Ergebnisse aus dem 2. Fachlichen Diskurs HzE; Komplexe Hilfebedarfe an der Schnittstelle Hilfen zur Erziehung, Psychiatrie und Schule“

BE: Vors. d. UA HzE Herr Piekara

Für den 2. Workshop wird insgesamt ein positives Resümee gezogen. Hervorgehoben wird die gelungene Auswahl der fachlichen Inputs, die sich bereichernd auf die sehr angeregt geführten fachlichen Diskussionen im Rahmen der Programmstruktur auswirkte.

Die bestehenden Problemlagen an den Schnittstellen Hilfen zur Erziehung, Psychiatrie und Schule sind deutlich herausgearbeitet worden und liegen zusammen mit den in den Arbeitsgruppen erarbeiteten Lösungsansätzen und fachpolitischen Forderungen als Kurzprotokolle vor. Die Podiumsdiskussion am Ende des Workshops wird positiv bewertet und soll für die weiteren Fachdiskurse beibehalten werden. Da es jedoch - wie bereits beim 1. Workshop - aufgrund der zu geringen Teilnahme der politisch verantwortlichen Bezirksebenen nicht zu dem fachpolitischen Diskurs kam, wird vorgeschlagen, für den 3. Workshop ein politisch besetztes Podium vorzusehen.

Eine Zusammenfassung der dokumentierten Diskurse wird erarbeitet und den Mitgliedern des LJHA nach Fertigstellung zugesagt.

8. Verschiedenes

Frau Klebba informiert, dass Vorbereitungen im Zuge des Umzugs in die Otto-Braun-Straße begonnen haben. Die Abteilung III wird Mitte Februar 2010 umgezogen.

Für die nächste Sitzung LJHA werden folgende Tagesordnungspunkte angemeldet:

- **Stand „Musterjugendamt“; Frau Dr. Barth**
- **Stand über die Verhandlungen mit SenFin zur Basiskorrektur Kita; Frau Dr. Barth**

Es liegen keinen weiteren Anträge vor, die Sitzung wird geschlossen.